Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Erste Bilanz zur Einführung der Erweiterten Schulleitung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung möge dem Ausschuss für Bildung und Kultus über die Implementierung der erweiterten Schulleitung berichten.

Diesbezüglich ist unter anderem von Interesse, wie viele Schulen welcher Schularten teilnehmen, ob das Lehrerkollegium jeweils zugestimmt hat, welche Erfahrungen die Schulen damit gemacht haben, wie die neue Zusammensetzung des Schulforums seitens Schule und Sachaufwandsträger eingeschätzt wird, welche finanziellen Mittel bisher dafür verwendet wurden und welche weiteren Ausbauschritte aufgrund der bisherigen Erfahrungen gemacht werden.

Begründung:

Seit 2009 hatten wir es mit immerwährenden Ankündigungen zum Thema Eigenverantwortliche Schule zu tun. 2013 schließlich legte die Staatsregierung ein Gesetz zu mehr Eigenverantwortung der Schulen vor. Das Gesetz sieht vor, dass in den Schuljahren 2013/2014 und 2014/2015 Schulen aus den Schularten Realschule, Gymnasium, berufliche Schulen, Schulen des Zweiten Bildungswegs und Schulen besonderer Art sowie sämtliche Schulen, die an den Schulversuchen Modus F und Profil 21 teilgenommen haben, sowie zusätzlich die – gemessen an der Lehrerzahl – jeweils größten Schulen der Schulart mit der Umsetzung einer mittleren Führungsebene beginnen. Überdies soll ein Vertreter des Schulaufwandträgers ordentliches Mitglied des Schulforums sein und daneben eine weitere Lehrkraft Mitglied des Schulforums.

Die Planung sah vor, dass die Einrichtung einer erweiterten Schulleitung an voraussichtlich rund 115 staatlichen Schulen (40 Realschulen, 50 Gymnasien, 25 berufliche Schulen) geschieht, darunter an sämtlichen 41 staatlichen MODUS F- bzw. Profil 21-Schulen mit erweiterter Schulleitung in den einbezogenen Schularten. „Aufgrund der Freiwilligkeit der Antragstellung und der Beschränkung der Antragsberechtigungen im Rahmen der jeweils verfügbaren Stellen und Mittel sind Aussagen über künftige Ausbauschritte oder einen erreichbaren Endausbaustand jedoch nicht möglich.“, so der Gesetzentwurf.

Bündnis 90/Die Grünen wollen wissen, wie die Implementierung der mittleren Führungsebene von statten geht und ob es möglicherweise noch Nachbesserungsbedarf gibt.